

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Verlagsort:
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
außerhalb mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Spezialpreis Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Große politische Aussprache im Reichstag

Schuldentilgung und Ueberbrückungskredit — Minister Dietrich zur Finanzlage — Die Nationalsozialisten in Opposition — Heute Abstimmung über die Mißtrauensanträge — Brüning rechnet mit knapper Mehrheit

— Berlin, 18. Okt. Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstags-Sitzung stand zunächst die Aussprache über das Schuldentilgungsgesetz, die sich sehr lebhaft gestaltete. Als erster Redner sprach der Kommunist Neubauer, der scharfe Angriffe gegen die Regierung und auch gegen die Nationalsozialisten richtete, was natürlich zu erheblichen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten führte. Abg. Feder (Nat.-Soz.) gab in seiner Antwort der Ansicht Ausdruck, daß die Ueberlastung eines weiteren Monopols an das Ausland bald folgen werde. Nachdem dann für die Deutschnationalen Abg. Dr. Quast an die Parteien der Mitte die dringende Bitte gerichtet hatte, die junge Generation nicht mit unbezahlbaren Schulden zu belasten, griff auch Reichsfinanzminister Dr. Dietrich in die Aussprache ein, der sich jedoch nur mit Mühe gegenüber den wiederholten lauten Zurufen der Rechten durchsetzen konnte. Der Minister gab eine zahlenmäßige Aufstellung der schwebenden deutschen Schuld. Diese Schuld betrage 1,218 Milliarden. Die große Belastung durch die gesteigerte Arbeitslosigkeit habe eine Verminderung der Schuld verhindert. Mit den für die Arbeitslosenunterstützung vorgesehenen Mitteln komme man nicht aus. Es seien 300 Millionen mehr erforderlich. Die finanzielle Lage werde aus verschiedenen Umständen am 1. April 1931 die gleiche sein wie am 1. April 1930. Mit der in dem vorliegenden Gesetz bezeichneten Anleihe werde es gelingen, den Etat zu finanzieren und die drückendste Schuld abzudecken.

Reichsfinanzminister Dietrich erklärte schließlich mit erhobener Stimme, bei den Verhandlungen über die Auslandsanleihe habe er mit keinem Wort die Verpfändung irgendeines deutschen Monopols zugesagt oder versprochen, daß Deutschland auf eine Anwendung der ihm günstigen Bestimmungen des Young-Vertrags verzichtet werde.

Der Abg. Keil (Soz.) führte aus: Die Deutschnationalen sollten sich nicht als Pharisäer aufspielen, denn die Reichsregierung hätten einen großen Teil der Schuld an der Finanznot des Reiches. Die sozialdemokratische Fraktion wolle mit allen Kräften daran arbeiten, daß die Reichsfinanzen in Ordnung gebracht werden. Das liege gerade im Interesse der deutschen Arbeiterschaft. Der Redner verlas dann das Protokoll der Vernehmung eines Münchener Polizeibeamten, der ausgesagt hat, der Nat.-Soz. Feder habe 1923 von seinem Bankhaus ein beträchtliches Aktienpaket abheben wollen mit der Begründung, er brauche es als Pfand für die Aufnahme einer größeren Geldsumme. Wenige Tage später sei der Hitler-Putsch ausgebrochen und Feder habe eine Verfügung erlassen, in der alle Bankabhebungen und Verschleibungen mit Strafe bedroht werden. Von den Sozialdemokraten wurden die Ausführungen Keils mit lauten „Hört, hört“-Rufen, von den Nationalsozialisten mit großem Lärm ausgenommen.

Abg. Dr. Bang (Dnt.) bestritt nicht den ehrlichen Willen der Regierung, meinte aber, sie täusche sich völlig über die finanzielle Wirkung der Vorlage. Abg. Feder (Nat.-Soz.) erwiderte dem Abgeordneten Keil, er habe lediglich sein entwertetes Bankdepot abheben wollen. Abg. Keil (Soz.) antwortete, das angeblich wertlose Depot habe doch als Pfand für eine größere Summe dienen sollen. Dieses Redenduell spielte sich unter großem Lärm ab. Keil wurde zeitweise am Weiterreden gehindert durch fortwährende Schlußrufe der Nationalsozialisten. Schließlich wurde das Schuldentilgungsgesetz mit den Stimmen der Regierungsparteien und den Sozialdemokraten in zweiter Lesung angenommen und der Ausschlußbericht überwiesen. Nachdem dann ein Antrag des Abgeordneten von Lindener-Wildau (Kons.) über die Schuldbuchforderungen der aus Polen Vertriebenen endgültig erledigt worden war, begann die

Aussprache über die Regierungserklärung.

Als der erste Redner der Sozialdemokraten, Müller-Franken, das Wort nahm, verließen die Nationalsozialisten und Deutschnationalen geschlossen den Saal. Müller erklärte, die Haltung der Sozialdemokraten zur Regierung werde dadurch beeinträchtigt, daß Deutschland jetzt eine der schwersten Wirtschaftskrisen durchmache. Wäre es anders, so würden die Sozialdemokraten sehr deutlich ihr Mißtrauen gegen Minister wie Schiele und Trentmann betonen. Der Redner erklärte, seine Partei werde sich von niemanden den Zeitpunkt vorschreiben lassen, an dem sie zum Angriff gegen dieses Kabinett vorgehe. An der Notverordnung sei die Bürgerabgabe unverzichtbar; seine Fraktion werde daher Änderungsanträge stellen. Die völlige Aufhebung der Notverordnung sei nicht zu verantworten.

Nachdem dann Präsident Loebe die Zeitung dem Vizepräsidenten Stöcker übergeben hatte, sprach für die Nationalsozialisten der Abgeordnete Strasser, der mit lebhaften Heilrufen begrüßt wurde. Er erklärte, die Bilanz des 12jährigen sozialdemokratischen Systems sei ein verarmter Bauernstand, ein zerstörter Mittelstand, eine Geldwirtschaft, die das Volk ins Verhängnis führe. Der Nationalsozialismus vertrete die Ziele des neuen Deutschlands. Seine Fraktion sei nicht in dieses Haus gekommen, um wie ein alter Großpapa von uralten Wählern zu erzählen. Sie seien Träger einer politischen Sendung, die mit Schiebeturn nichts zu tun habe. Strasser ging auf die Grundforderung der Nationalsozialisten ein und erklärte dann, daß sich das Regierungsprogramm aus lauter Halbschheiten zusammensetze. Man werde jeden Mißtrauensantrag gegen die Regierung Brüning unterstützen. Die Ausführungen des Redners wurden mit stürmischem Beifall auf der Rechten ausgenommen. Die Nationalsozialisten riefen im Chor: „Deutschland erwache!“ — Darauf erhielt als Sprecher der Kommunisten der Abg. Piek das Wort.

Der Zentrumredner Abg. Zoos erklärte, eine Aufhebung der Notverordnung sei nicht zu verantworten, wenn auch einige Bestimmungen der Verbesserung bedürftig. Die jetzige Notlage habe ihre tiefsten Ursachen in der Weltwirtschaftskrise und nicht in Fehlern der Regierung. Der Redner schloß mit dem Ausdruck der Erwartung, daß sich genügend Kräfte im Reichstag finden würden, um der Verzögerungswut Einhalt zu gebieten.

Der Sprecher der Deutschnationalen, Dr. Oberfohren, wies darauf hin, daß das Volk bei den Wahlen eine radikale Abkehr vom bisherigen System verlangt habe. Diesem Willen habe aber die Regierung in keiner Weise Rechnung getragen. Die tiefsten Ursachen unserer Not lägen im Youngplan, dessen Revision mit allen Mitteln in Angriff genommen werden müsse. Der Außenminister habe indes völlig verfaßt, wie überhaupt die ganze Außenpolitik der Regierung Brüning. Der Volksparteiler Dingeldey betonte, daß er der heute schon bedenklich erschlafften Staatsautorität nicht in die Arme fallen werde.

Nach Erledigung der Aenderung des Abkommens mit Finnland in erster und zweiter Lesung vertagte sich der Reichstag auf heute vormittag zwecks Vornahme der dritten Lesung des Schuldentilgungsgesetzes. Außerdem wird die große politische Aussprache über die Regierungserklärung zu Ende geführt werden. Weiter sollen heute die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung und einzelne Minister vorgenommen werden.

Die Regierung hofft auf Reichstagsmehrheit.

In parlamentarischen Kreisen erwartet man im Laufe des heutigen Samstags einen Antrag aus den Reihen der Regierungsparteien, wonach sämtliche vorliegenden Mißtrauensanträge abgelehnt und über sie zur Tagesordnung übergegangen wird. Dieser Antrag würde dann der weitestgehende sein, und mit seiner Annahme wäre die Abstimmung über sämtliche Mißtrauensanträge gegen die Regierung, auch über die einzelnen Mißtrauensvoten, erledigt. Für die Annahme dieses Antrages errechnet man in den Reihen der Regierungsparteien eine knappe aber sichere Mehrheit von etwa 20 bis 30 Stimmen. Mit der gleichen Mehrheit hofft die Reichsregierung auch das Schuldentilgungsgesetz in der dritten Lesung zur Verabschiedung zu bringen und die Ueberweisung der Notverordnungen vom 26. Juli an die Ausschüsse zu erreichen.

Anderes liegen die Dinge gegenüber dem sozialdemokratischen Antrag, den Schiedsspruch im Berliner Metallarbeiterkonflikt nicht für verbindlich zu erklären. Hier muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß dieser Antrag angenommen wird, da für ihn außer den Sozialdemokraten und den Kommunisten auch die Nationalsozialisten stimmen dürften. Da aber dieser Antrag den Reichsarbeitsminister gesetzlich nicht binden kann, sondern nur einen, allerdings politisch zu wertenden „Wunsch“ bedeutet, glaubt man in den Kreisen der Regierung, daß keine der hinter ihr stehenden Parteien daraus irgendwelche politischen Konsequenzen ziehen wird.

Man hofft, sämtliche Abstimmungen im Laufe des Samstagmittag durchzuführen zu können, sodas dann der Reichstag mit Ausnahme des Auswärtigen Ausschusses, der am Montag tagt, bis Anfang Dezember vertagt werden könnte. Bis dahin sollen dem Reichsrat verschiedene Gesetzentwürfe, die zum Sanierungsprogramm der Reichsregierung gehören, zugeleitet und vom Reichsrat verabschiedet werden.

Tages-Spiegel

Im Reichstag begann gestern die große Aussprache über das Regierungsprogramm. Zuvor wurde das Schuldentilgungsgesetz in zweiter Lesung angenommen.

Gente werden im Reichstag die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge gegen Reichsregierung und einzelne Minister vorgenommen. Man rechnet hierbei mit einer Knappen aber sicheren Mehrheit für das Kabinett Brüning.

Während die Nationalsozialisten in der gestrigen Reichstags-Sitzung eine heftige und lärmende Opposition gegen das Kabinett trieben, nahmen Sozialdemokraten und Volksparteiler eine gemäßigte Haltung ein und erklärten, nicht für die vollständige Aufhebung der Notverordnung stimmen zu wollen.

Innerhalb des englischen Kabinetts wägen sich ernsthafte Unstimmigkeiten in der Frage der Jollpolitik bemerkbar. MacDonald drohte mit dem Rücktritt.

Die Septembervilanz der Reichsbahn weist wiederum einen Abmangel von 1,6 Millionen Mark auf; bei leichter Steigerung des Güterverkehrs ging der Personenverkehr weiter stark zurück.

Kommunistischer Mißtrauensantrag gegen Schiele.

Im Reichstag haben die Kommunisten in Verbindung mit dem finnischen Handelsvertrag einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister Dr. Schiele eingebracht. Dieser Antrag kompliziert die Lage des Kabinetts nicht unwesentlich, denn für ihn dürften nicht nur die Nationalsozialisten und Kommunisten, sondern auch die Sozialdemokraten stimmen, und damit wäre eine beträchtliche Mehrheit für das Mißtrauensvotum gegeben.

Parteitag der Staatspartei.

Der Hauptaktionsausschuß der Deutschen Staatspartei beschloß, im Sinne des Gründungsaufrufs und der Manifeste der Deutschen Staatspartei ihren Aufbau unverzüglich durchzuführen. Der konstituierende Parteitag der Staatspartei soll am 9. November in Dresden stattfinden.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt gestern Abend eine Sitzung ab, in der mitgeteilt wurde, daß seitens der Deutschen Staatspartei der Gedanke einer technischen Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei erörtert worden sei. Ueber diese Frage sollen weitere Verhandlungen stattfinden.

Bayerischer Bauernbund schließt sich dem Landvolk an.

Die Pressestelle des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes schreibt: Die Abgeordneten des Bayerischen Bauernbundes im Reichstag haben sich der Fraktion „Deutsches Landvolk“ (Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei) angeschlossen. Damit ist diese Fraktion, der schon vorher die drei Abgeordneten des Württ. Bauern- und Weinbauernbundes beigetreten sind, nunmehr mit 27 Abgeordneten die drittstärkste Fraktion der bürgerlichen Parteien im Reichstag.

Vor weiteren lohnpolitischen Auseinandersetzungen

Änderung des Lohnartikels in der thüringischen Metallindustrie.

II. Berlin, 18. Okt. Die thüringischen Metallindustriellen haben nach einer Meldung Berliner Blätter aus Weimar den Arbeitnehmern mitgeteilt, daß sie das Abkommen über den Lohnartikelfvertrag vom 19. Juni ds. Js. zum 15. November 1930 kündigen.

Die geplante Kohlenpreissenkung.

II. Essen, 18. Okt. Die Erklärung des Reichskanzlers, daß die Ruhrkohlenindustrie zu einer ab 1. Dezember wirkenden durchschnittlich 6%igen Kohlenpreissenkung trotz noch nicht erleichterter Selbstkostenlage bereit erklärt hat, findet namentlich im Ruhrgebiet starke Beachtung und hat lebhafteste Erörterungen ausgelöst. Wie der W.D. mittelt, ist die Bereitwilligkeitserklärung des Bergbaues offiziell nicht an die Bedingung geknüpft worden, daß auch die Löhne nach Ablauf des kürzlich bis zum 31. Dez. ds. Js. verlängerten Lohnabkommens ermäßigt werden. Die grundsätzliche Bereitwilligkeitserklärung zu einer Senkung der Kohlenpreise sei vielmehr unter der Voraussetzung erfolgt, daß das Programm der Regierung Brüning angenommen und durchgeführt wird.

In freigewerkschaftlichen Bergarbeiterkreisen hat die Ankündigung der Reichsregierung, wie erklärt wird, große Ueberraschung ausgelöst, und man vermutet, daß die geänderte Haltung der Grubenbesitzer den Auftakt zu entscheidenden lohnpolitischen Auseinandersetzungen im Bergbau bedeutet.

finden
ion, wie
n kann.
Zweck,
er und
alitäten.

en Ver-

ktion

930.

ägerin

Gatten

halb.

Dkt. 1930.

schmerzliche
unser gute
Schwägerin

+

Leiden erlöst

inder.

3 Uhr,
aus.

Montag

Suppe

ein

Ramm

h.

Silber-

auerkraut

1 Pfg. 10 Pfg.

Lamparter

Anträge zur Behebung der Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit im Reichstag

Sozialdemokratische Anträge.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen großen Antrag ausgearbeitet zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, zur Eindämmung der wachsenden Arbeitslosigkeit und zur Verhinderung der Verelendung breiter Volksmassen. In diesem Antrag wird ein Gesetzentwurf verlangt, der zum Zwecke der richtigen Verteilung der Arbeitsgelegenheiten für die Dauer der außerordentlichen Arbeitslosigkeit die 40 stündige Arbeitswoche vorsieht unter gleichzeitiger Verpflichtung zur Einstellung neuer Kräfte. Außerdem wird ein Gesetzentwurf verlangt, durch den die Einkünfte aus selbständiger Berufstätigkeit und aus Arbeitslohn auf die Pensionen und Wartegelde anzurechnen sind. Ferner wird eine durchgreifende Preissenkung insbesondere bei den Grundstoffen der Industrie, der Lebensmittel und anderer Gegenstände des Massenbedarfs gefordert. Die völlige Einfuhr von Gefrierfleisch soll wieder hergestellt werden. Schließlich enthält der Antrag Maßnahmen zur Bekämpfung der bedrohlich anwachsenden Kapital- und Steuerflucht.

Nationalsozialistischer Antrag.

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, wonach der höchstzulässige Zinssatz auf 5 v. H. gesetzlich festgelegt werden soll. Davon soll mindestens 1 v. H. auf die Tilgung der Schuld verrechnet werden. Nach spätestens 50 Jahren gilt jedes Darlehen als getilgt. Wer höhere Zinssätze nimmt, wird wegen Wucher mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Ferner soll bestimmt werden, daß Gelder oder Vermögenswerte im Ausland dem zuständigen Finanzamt zur Anzeige zu bringen und auf Verlangen unverzüglich nach Deutschland zurückzuführen sind. Widrigenfalls ist eine Strafe in Höhe des im Ausland angelegten Vermögens verwirkt. Das gesamte im Inland greifbare Vermögen des Steuerpflichtigen, der der Anzeigepflicht überhaupt nicht Genüge leistet, verfällt zugunsten der Allgemeinheit des deutschen Volkes. Außerdem werden Zuwiderhandlungen wegen Landesverrat mit Zuchthaus bestraft. Andere als Warenwechsel sollen zukünftig nicht mehr diskontiert werden dürfen. Alle Termin- und Blankogeschäfte an der Börse sollen verboten und nur Kassageschäfte zugelassen werden. Der börsemäßige Handel mit Wertpapieren wird aufgehoben. Verstöße werden mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Deutsch-französische Aussprache

II. Berlin, 17. Okt. Die deutsch-französische Gesellschaft veranstaltete einen politischen Ausspracheabend, auf dem Reichstagsabg. Foss und der französische Kammerabg. Pierre Cot über die deutsch-französische Zusammenarbeit sprachen. In seinen einleitenden Worten behandelte der Staatssekretär im preussischen Staatsministerium, Weismann, auch die Tributlasten. Das deutsche Volk sei durch den Frieden von Versailles und die Höhe der Tributzahlungen in eine Lage gedrängt, unter der es auch beim besten Willen auf die Dauer nicht leben könne. Eine Jugend, die sich verurteilt sehe, für ihr ganzes Leben für die Ausbringung von Kriegskrediten zu arbeiten, an denen sie sich selbst schuldlos fühle, werde hoffnungslos, sehe sich um ihre Zukunft betrogen und werde unruhig. Lieben die Tributzahlungen in der jetzigen Höhe, so sei an Ruhe nicht zu denken, den ein langsam ausblutender Volkskörper neige zu ständig wachsenden Konvulsionen. Frankreich habe von Deutschland nichts zu fürchten, wenn es so einsichtig sei, zu begreifen, daß man dem deutschen Volk nicht zumuten könne, was Frankreich selbst in gleicher Lage niemals erdulden würde.

Der Herausgeber der „Victoire“ Gustav Hervé tritt in einem Artikel für die Revision des Versailler Vertrages ein, weil die Nichtrevision Frankreich mit der Verantwortung eines kommenden Krieges belasten würde. Er schlägt die Streichung der deutschen Reparationslasten vor, sobald Amerika die interalliierten Schulden getilgt habe und empfiehlt weiter, auf die Volksabstimmung im Saargebiet zu verzichten, denn die Abstimmung werde unsehbar zu Gunsten Deutschlands ausgehen. Sodann müßte Deutschland ermächtigt werden, sich Oesterreich anzugliedern, sei doch der Anschluß moralisch bereits vollzogen. Weiter sollte die französische Mandatsgebiete Togo und Kamerun an Deutschland zurückgegeben und das deutsche Militärstatut revidiert werden. Deutschland solle das gleiche Militärstatut erhalten wie Frankreich und Effektivbestände in Stärke der im französischen Mutterlande stehenden Truppen. Hervé tritt schließlich ein für eine freundschaftliche Intervention Frankreichs bei Polen zum Zweck der Rückgabe des Korridors an Deutschland, wenn Deutschland Litauen bewegen könne, mit Polen wie einst wieder einen polnisch-litauischen Staat zu bilden. Die Aufrechterhaltung des so geänderten politischen Zustandes Europas müßte durch gegenseitige militärische Garantierung sichergestellt werden.

Auslandsgelder für die Friedensgesellschaft?

II. Berlin, 17. Okt. In dem Verleumdungsprozess der Deutschen Friedensgesellschaft gegen die „Rote Fahne“, die die Pazifisten beschuldigt hatte, 50 000 Franken Verleumdungsgelder erhalten zu haben, machte am Mittwoch Dr. Hiller, ein früheres Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft, unter Eid die aufsehenerregende Aussage, daß die Deutsche Friedensgesellschaft und die „Liga für Menschenrechte“ vom Ausland Gelder erhalten hätten. Er könnte unter seinem Eid bezeugen, daß eine Abteilung der Friedensgesellschaft ausländische Gelder erhalten habe, bei denen man den starken Verdacht haben müsse, daß es Regierungsgelder seien. Die Abteilung bestände aus Mitgliedern der Deutschen Friedensgesellschaft und aus Mitgliedern der Liga für Menschenrechte. Auf ganz raffinierte Weise sei ihr französisches, tschechisches und polnisches Geld zugeflossen.

Der Vorsitzende der Liga für Menschenrechte, Schwann, sei ein Duzfreund von Professor Förster und erhalte von diesem aus Frankreich Zuwendungen. Schwann sei übrigens Mitarbeiter der Zeitschrift „Das andere Deutschland“ und unterzeichne seine Artikel mit dem Pseudonym „Hans Tiefbauer“. Auf die Frage des Vorsitzenden, welche Zwecke die französischen, tschechischen und polnischen Gelder haben sollten, erklärte Dr. Hiller, daß die französische und polnische Regierung mit ihrer Hilfe in Deutschland die Theorie von der Allerschuld Deutschlands am Weltkrieg fördern wollten, daß weiter eine Politik gegen die Reichswehr betrieben und daß dafür Propaganda getrieben werden sollte, daß der Versailler Vertrag erhalten wird und Deutschland auf die Rückgabe des polnischen Korridors verzichte.

Dr. Hiller schloß seine Ausführungen u. a. damit, daß er erklärte, daß die Deutsche Friedensgesellschaft sich durch die Zuwendungen, die ihr von Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei zugeflossen seien, von vielen Regierungen abhängig gemacht und sich dadurch verpflichtet habe, die antipazifistische Richtung Frankreichs niemals zu kritisieren.

Kleine politische Nachrichten

Kündigung und Kürzung der Gehälter der Behördenangestellten. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird sämtlichen Angestellten (nicht Beamten) der Reichsbehörden grundsätzlich zum 31. März 1931 fristgemäß gekündigt werden. Diese auf Veranlassung des Reichsfinanzministeriums getroffene Maßnahme verfolgt den Zweck, neue Arbeitsverträge abzuschließen, die eine Kürzung der Einkommen um durchschnittlich 6 v. H. vorsehen.

Das Reich zieht sich von den Filmgeschäften zurück. Bekanntlich stand dem Reich ein Optionsrecht auf 2,6 Millionen Mark Aktien der Emelka gegenüber der Kommerz- und Privatbank zu. Dieses Optionsrecht hat das Reich nun auf eine unter Führung des Kommerzienrats Kraus-München stehende Gruppe übertragen. Durch den hierüber abgeschlossenen Vertrag ist die Lebensfähigkeit der Emelka unter deutscher Verwaltung als selbständiges Unternehmen mit deutscher Produktion sichergestellt. Damit hat sich das Reich ohne jede geldliche Verpflichtung für die Zukunft von seiner Interessensnahme an der Emelka wieder gelöst.

Neues Disziplinarverfahren gegen Böß beantragt. Die nationalsozialistischen Abgeordneten des preussischen Landtages beantragten in einem Schreiben an das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg die Einleitung eines erneuten Disziplinarverfahrens gegen den bisherigen Oberbürgermeister Böß. Das Schreiben nimmt Bezug auf die Akten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses und die in diesem Verfahren festgestellten weiteren Verfehlungen.

Skandal im Münchner Stadtrat. Im Münchner Stadtrat kam es bei der Verhandlung von nationalsozialistischen Anträgen gegen den Münchner Polizeipräsidenten und wegen des Uniformverbotes zu einem Skandal. Die Nationalsozialisten gerieten mit der Fraktion der Bayer. Volkspartei in ein Handgemenge. Es wurden Aischbecher und Tintenlöscher geworfen. Schließlich mischten sich auch noch die Tribünen in die Värmiszenen ein, sodaß die Sitzung unterbrochen werden mußte.

Politische Bluttat in Egenstochau. In Egenstochau drang das Mitglied der Kampforganisation der sozialistischen Partei, Kostrowski, in die Räume der Ortskrankenkasse ein und erschöpfte den Regierungskommissar Rojewski, sowie den Inspektor Formanczyk. Ein Krankenkassenarzt, der sich gleichfalls in dem Zimmer befand, wurde schwer verletzt. Als der Ortsgruppenführer der nationalen Arbeiterpartei, Volba, und ein Beamter in das Zimmer strömten, wurden auch sie von dem Mörder niedergestreckt. Der Täter verübte darauf Selbstmord. Die Getöteten spielten in der Regierungspartei eine führende Rolle.

Krawalle in Berlin und Köln

Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Polizei im Norden Berlins.

II. Berlin, 17. Okt. Am Donnerstagabend zog ein kommunistischer Demonstrationzug durch die Köpplingerstraße im Norden Berlins. Als Polizeibeamte wegen Eingens verbotener Plakate einschreiten wollten, wurden sie von den Demonstranten beschimpft und mit Steinen beworfen. Aus einem Haus wurde auch ein Schuß abgegeben. Die Polizei trieb darauf die Ansammlung mit dem Gummiknüppel auseinander. Kurz darauf kam es zu neuen Ansammlungen, sodaß die Polizei abermals einschreiten mußte. Als sich die Vorgänge etwas später wiederholten, wurde die Straße geräumt. Dabei wurden sechs Schüsse auf die Beamten abgegeben, die darauf mit Schreckschüssen erwiderten. Drei Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe verletzt. Ob Demonstranten Verletzungen erlitten haben, ist nicht bekannt. Die Polizei nahm sechs Zwangsstellungen vor.

Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in Köln.

II. Köln, 17. Okt. In der Nacht zum Freitag kam es Ecke Zeughausstraße und St. Apvornstraße zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei dem Messer und Schußwaffen gebraucht wurden. Nach den bisherigen Feststellungen wurden fünf Personen verletzt. Ein Mann erhielt einen Lungenstich, eine Dame einen Oberschenkelstich.

Aus aller Welt

Der Herd des Erdbebens.

Nunmehr liegen über das Erdbeben am 8. Oktober die genaueren Untersuchungen des Instituts für kosmische Physik an der Universität Innsbruck vor, denen zu entnehmen ist, daß das Zentrum des Bebens unbedingt in den Westalpen nahe dem Heiterwanger See gewesen ist. Die Meldungen aus vielen kleinen Orten im weit ausgedehnten Westalpe und der Umgebung haben ergeben, daß im mittleren Teile der Westalpen die größten Zerstörungen festzustellen sind. Unter den 200 Gemeinden des Gebietes ist keine einzige, die ohne Schaden davongekommen ist. Am größten sind die Schäden in der Umgebung des Heiterwanger Sees. Von vielen Häusern sind die Kamine herunter-

gerissen worden. Das Gemeindefestwerk in Ramlos war völlig unbrauchbar gemacht worden, so daß das ganze Dorf ohne Licht war. Das Dorf Heiterwang hat besonders gelitten. Hier sind manche Häuser so stark mitgenommen, daß sie nicht mehr bewohnbar sind. Auch sonst sind erhebliche Schäden entstanden. Es wird mit Sicherheit angenommen, daß es sich bei dem Erdstoß um ein Einsturzbeben gehandelt hat.

Neuer Erdstoß.

In verschiedenen Orten Oberbadens, so in Freiburg und im Gebiet um Donaueschingen, ist wiederum ein Erdstoß wahrgenommen worden, der von längerem, tiefem Rollen und leichtem Schwanken begleitet war. Die Richtung des Erdstoßes wird mit Nordost-Südwest bzw. Nord-Süd angegeben.

Durch Unfall zu einer Zeppelinfahrt gekommen.

Aus Weinsheim (Baden) wird gemeldet: Auf eigenartige Weise ist die Ehefrau Marie Steinmeyer aus Schriesheim zu einer Zeppelinfahrt mit dem Zeppelin gekommen. Als das Luftschiff am 20. Juli die Schriesheimer Ebene überflog, bestieg die Frau mit ihren fünf Kindern eine an einem Neubau angelegte Holzstiege, um bessere Sicht zu haben. Plötzlich rutschte die Treppe ab, überschlug sich und alle stürzten aus beträchtlicher Höhe auf eine Steintrappe. Während die Kinder mit leichteren Verletzungen davonkamen, mußte die Frau mit mehreren Knochenbrüchen fortgetragen werden. Die Luftschiffleitung, die von dem Unfall Kenntnis erhielt, hat nunmehr Frau Steinmeyer zu einer Zeppelinfahrt anlässlich der Landung des Zeppelins in Mannheim nach Friedrichshafen eingeladen.

Werkspionage in Magdeburg.

Auf den Krupp-Gruson-Werken in Magdeburg-Buckau ist von drei Ingenieuren versucht worden, Zeichnungen zu entwenden. Auf die bei der Staatsanwaltschaft in Magdeburg eingegangene Anzeige wurde sofort eine Durchsuchung der Wohnungen der Betreffenden und die Sicherstellung der Ueberführungsstücke veranlaßt. Die Beschuldigten sind, um etwaigen Verdunklungen vorzubeugen, vorläufig festgenommen worden.

Anfang November Amerikaflug des „Do. X“.

Nachdem das Flugboot „Do. X“ Probe- und Abnahmeflüge durchgeführt hat, ist der Aufstieg zu der geplanten Ueberquerung des Atlantik für den 8. November angelegt worden. Wie bei den Amerikafahrten des „Graf Zeppelin“ werden auch im „Do. X“ Briefe und Postkarten besorgt werden. Der Ozeanflug soll in Lissabon beginnen.

Betriebsunfall im Hamburger Hafen.

Im Hamburger Hafen ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall. Beim Heben von Kisten auf den Dampfer „Karnal“ wurden drei Schauerer Männer von einer aus 12 Meter Höhe stürzenden Last getroffen und schwer verletzt. Die Verunglückten wurden sofort einem Krankenhaus überwiesen. Einer der Verletzten ist inzwischen gestorben.

171 französische Fischer im Sturm umgekommen.

Die Hafenbehörde von Lorent stellt fest, daß die letzten Stürme unter den französischen Fischern 171 Todesopfer gefordert haben. Davon waren 94 verheiratet. Sie hinterlassen 121 Waisen. Zu Ehren der Toten soll ein nationaler Trauertag angelegt werden.

Wieder zwei französische Militärflugzeuge abgestürzt.

Die französische Militärfliegerei wurde wiederum von zwei schweren Flugzeugunglücken betroffen. Ein Militär-doppeldecker, der in Chartres zu einem kurzen Übungsflug aufgestiegen war, stürzte aus bisher unbekannter Ursache ab und ging vollkommen in Trümmer. Die beiden Insassen wurden mit lebensgefährlichen Verletzungen in ein Militärlazarett überführt. Das zweite Unglück ereignete sich bei Marseille und kostete einem Flugschüler der dortigen Marinefliegerei das Leben.

Die Untersuchung der Katastrophe von „R 101“.

Während der Leiter des französisch-englischen Untersuchungsausschusses für die Katastrophe des „R 101“, General Hold, sich zur Berichterstattung nach London begeben hat, wird die Untersuchung an Ort und Stelle weiter durchgeführt. Ein Mitglied des Untersuchungsausschusses erklärte, daß das Unglück in erster Linie auf die Ueberlastung zurückzuführen sei, die das Schiff durch die schweren Regenfälle in der Nacht zum 5. Oktober erfahren habe. Während der Beratung der Sachverständigen soll die Frage der Führung des Luftschiffes Gegenstand einer eingehenden Aussprache gewesen sein. Ein Teil der Sachverständigen vertrete die Ansicht, daß die Katastrophe hätte vermieden werden können, wenn die verantwortlichen Führer des Luftschiffes bereits zwischen Beauvais und Crevecoeur Ballast abgeworfen hätten. Das Schiff hätte dann wieder unbedingte Höhe gewonnen. Ein derartiges Opfer hätte „R 101“ zur Rückkehr gezwungen, aber die Führer hätten sich zu diesem Schritt nicht entschließen wollen, weil sie zu großes Vertrauen in das Schiff gesetzt hätten.

20 Personen durch Holzspiritus vergiftet.

In Newark im Staate New Jersey sind 20 Personen an den Folgen einer Holzspiritusvergiftung gestorben. Der Holzspiritus wird dort infolge der hohen Preise für eingeschmuggeltem Alkohol von vielen Personen getrunken.

Württembergischer Landtag

In der Zeit vom 23. Juli bis 13. Oktober d. J. sind beim Württ. Landtag 41 Eingaben neu eingegangen. Die Zahl der Eingaben in dieser Landtagsperiode ist dadurch auf 858 gestiegen. Die Eingaben wurden durch Verfügung des Präsidenten den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Nur bei vier Eingaben, nämlich der Stadtgemeinde Brackenheim, der Amtsversammlung Leonberg, des Gewerbevereins Waihingen-Guz und der Amtsversammlung Gerabronn, die sämtliche gegen eine eventuelle Oberamtsaufhebung Protest erhoben, wurde die Verfügung vorbehalten.

Stuttg. 17. Okt. Frau Dr. Kopp, die Führerin der Stuttgarter demokratischen Frauen, die ihr Mandat im Stuttgarter Gemeinderat niedergelegt hat, hat auch ihren Auszug aus der Deutschdemokratischen Partei Württemberg erklärt.

**Droben im Oberland,
Drunten im Unterland:
Überall**

brumit die Spürschwärze
durchdringen mit „Ampf
Luvant.“ Ein Pfeil zeigt die
sinn, selbstverständlich
die dem Luvant Schwärze
Opfermord und zugewandte
zu Köpfling Opfers min-
kern und Luvant sonntags.
Und darüber hinaus noch
ein, daß „Ampf Luvant“
mit uns in die Zukunft
ist. Es kommt die Zeit
Luvant Schwärze
sinn sonntags.

Calw, den 17. Oktober 1930.

+

Für die vielen Beweise herzlichster, in
unserem tiefen Leid so wohlthuenden Teilnahme
anlässlich des Todes und Leichenbegängnisses
meiner geliebten Frau, unserer guten Schwester

Klara Herwig
geb. Böhner

Sprechen wir unseren warmen Dank aus.
Ernst Herwig, Pfarrer in Schaffhausen
und die Geschwister.

Finstere Begleiter
von Herbst und Winter sind Katarhe, Ver-
dauungs-Trägheit, Leber-Galle-Beschwerden,
Stoffwechsel-Störungen. Gegen diese Störungen
in den normalen Lebensvorgängen helfen
immer

Sani Drops
das käturnde Funktions-Mittel aus Sonnen-
pflanzen.
Kurpackung für 4 bis 6 Wochen RM 3.20 in
den Apotheken.

Zur Anlegung einer Adressenkartothek
aus Adressbüchern werden

Schreibgewandte gebildete Personen
mit sehr guter Handschrift
gesucht.

Die Arbeit muß zu Hause gemacht werden.
Nur schriftliche Meldungen erbeten unter B. T.
244 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Spare
mündelsicher!

Überweise
kostenlos!

Bauspare
ÖFFENTLICHE
BAUSPARKASSE
WÜRTENBERG
ohne Risiko!

Oberamtssparkasse Calw

Neu: Preisige Vernehmung aller Mittelgewinnne

Glück pr. 1000 Stück
Zahlung 100000 RM 25.000
348000 Gewinne mit über 1000
113 000 000
200 000 000
100 000 000
4 zu 500 000 000
2 zu 300 000 000
2 zu 200 000 000
12 zu 100 000 000

Sospreis 10 10 10 10
pro Klasse 5. 10. 20. 40. 60. 100.
Doch alle 100 sofort an Geldlos bei
Glück, Calw
Postfach 10000 Calw
Postfachkonto Stuttgart 8153

Frühgebrannt
Kalk
sowie
Dung-Kalk
empfiehlt
Gottlieb Eitel

Der Staub der Straße
schadet Ihnen weniger,
wenn Sie sich
der bewährten „Kaiser-
s Brust-Caramellen“ bedienen,
um d. Schleimhäute
Ihrer Atmungsorgane
anzuregen. Über
15000 beglaubigte
Zeugnisse. Weisen
Sie Nachahmungen
zurück und verlangen
Sie die echten

Kaiser's
**Brust-
Caramellen**
mit den 3 Tannen

Zu haben bei:
Alte Apotheke Fr. C. Reich-
mann; Neue Apotheke Th.
Hartmann; Herm. Häußler;
Wilh. Sachs; Eugen Hayd;
in **Althengstett**: Carl
Stralle; in **Gechingen**:
Gottl. Schwarz; in **Decken-
pfronn**: Carl Dongus;
M. Gulde; und wo Plakate
sichtbar.

Linoleum
für
**Boden-, Wand-
und Tischbelag**
Stragula
Leppiche, Läufer
Vorlagen

Emil G. Widmaier
Bahnhofstr. Fernspr. 15

Erfahrung durch eine
Strickmaschine
und Gründung einer
Heimstrickerei. Auskunft
erteilt
Martin Decker,
Heidelberg,
Hauptstraße 52.

Ein **Photoapparat**
(Neuwert M. 200.—) für
M. 80.— bis 100.—,
ein **Grammophon**
(Neuwert M. 220.—) mit neuen
Platten bill. z. verkaufen.
Angebote unter S. P. 244
an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Jedem sein
Motorrad!

Für alle Marken bis zu
200 cm Anzählung von
50 RM an, Wochenrate
von 5 RM an, größere
Mafschinen entsprechend
mehr. Ser. Vertreter gesucht.
Die Geschäftsstelle:
Pforzheim, Oskar Lang,
Dammstraße 19.

Frieda Herre
Oskar Pfrommer
Verlobte

Calmbach Calw

Oktober 1930

**Wo gehen wir am
Sonntag hin ?**
**Zur Kirchweih
in den „Hirsch“
nach Röttenbach**
Komb. Jazz-Kapelle
Neuen Besigheimer
Zum Besuch ladet höflichst ein
Frau K. Rentschler

Gechingen
Am
Kirchweihsonntag
findet im
Gasthaus zum „Lamm“
Tanzunterhaltung
statt, wozu freundlichst einladet
Der Besitzer: **Carl Schneider.**

Oberreichenbach
Morgen **Kirchweihsonntag** findet im
Gasthaus zum **Hirsch**
**Kirchweih-
Tanz** verbunden mit
Hammilverlosung
statt, wozu höflichst einladen
Friedr. Kirchherr u. Frau

Altburg
Gasthaus zur „Sonne“
Ueber die Kirchweih halte ich
Mekelsuppe
Ruchen u. neuen süßen Wein
Gleichzeitig findet
Tanzunterhaltung
statt, wozu höflichst einladen
Die Kapelle
Johann Rober und Frau.
ff. Streichmusik.

Vorkrampf Lähme
Steifbeinigkeit u.s.w.

Schützt sicher die elwische und stark vitaminhaltige Vieh-
Lebertean-Emulsion (Mischfutter) M. Brodmann
„Osteosan“. Nicht veräufend schnell! Keine Rime
merlinge mehr! Erhalten. Schnellwüchsigkeit! Glangend
bewährt bei Geflügel, viele Wintererler! „Anfer-Platz-
geber“ (4. Ausg.) zeigt, wie man richtig füttert! Drauf
erschäftlich in unseren Verkaufsstellen oder direkt bei
M. Brodmann Chem. Fabr. m. B. H. Leipzig-Eutrl. 10°

Zu haben: In **Calw** bei: Otto Jung; Kolonialwaren und
Landesprodukte. In **Liebenzell** in der Drogerie Himperich.
In **Gechingen** bei: Ferdinand Breitling, Gemischtwaren;
Karl Olpp; Gottlob Schwarz. In **Althengstett** bei: Chr.
Stralle, Gemischtwaren. In **Neukengstett** bei: Ludwig
Baral, Gemischtw. In **Stammheim** bei: Wilh. Schwarz,
Gemischtwarengeschäft.

DER AUFMERKSAME EHEMANN
speist am Sonntag mit
seiner Gattin im

HOTEL WALDHORN CALW

wo man zu einem ange-
messenen Preise ein vor-
zügliches Menü bekommt.

Im Terrassen-Kaffee
angenehmer Aufenthalt

Täglich
Schallplatten-Konzert

Im Ausschank
Dinkelacker Märzen.

Hotel u. Café Schlag Bad Liebenzell

Samstag, 18. Okt., von 8-12 Uhr abends
Hausball

Von 12 Uhr ab Autoverbindung nach Calw.
Sonntag ab 11 Uhr **Frühkonzert**
Neuer Wein, süss

Ab 3 Uhr **Konzert**

Dinkelacker, Thomas,
Kulmbacher vom Faß
Reichhaltige Speisekarte

Küche und Keller führend und preiswert.
Forellen stets lebend vorrätig.

Samstag und Sonntag

Metzelsuppe

Sonderplatte
Münchner Schlachtschüssel

Lichtspiele Bad. Hof Calw

Morgen Sonntag, mittag 3 1/2 Uhr und abends 8 Uhr
Das große Filmwerk

„Die Arche Noah“

11 Akte. — In den Hauptrollen
Dolores Costelli, Georg O'Brien.
Mit Beiprogramm.
Jugendliche haben Zutritt.



WÜRTT.
LANDES-
SPARKASSE

STUTT GART

KANZLEISTR. 25 u. 36

KIRCHSTRASSE 3

MARIENPLATZ 12

700 Zweigstellen
im Lande vermitteln den
Verkehr mit der Anstalt
kostenlos. Sie nehmen
Spareinlagen an, leisten
Rückzahlungen, geben
Heimsparbüchsen ab,
besorgen deren Leer-
ung, vermitteln den An-
und Verkauf sowie die
Verwahrung von Wert-
papieren und erteilen
Auskunft über Bau-
sparverträge u. a. ---

Am 30. Oktober
wieder
WELTSPARTAG

Hotel Adler / Bad Liebenzell

Morgen Kirchweihsonntag

TANZ

wozu höflichst einladet

Reh- und Hasenbraten
mit Spätzle. Neuen Süßen.

O. Bott.

Erholung

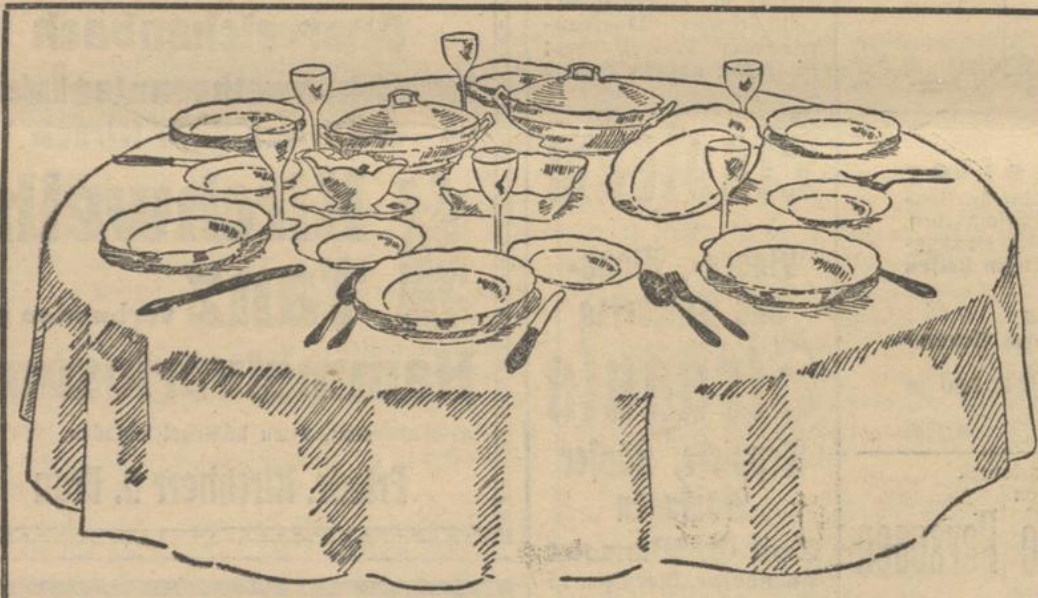
bedeutet für Ihre Klei-
dung das **Reparie-
ren, Reinigen und
Aufbügeln** von

W. Schmelze, Schneidermeister Marktplatz 15.

Der gedeckte Tisch

Im I. Stock

zeigen wir Ihnen in einer sorgfältig durchdachten Ausstellung die Möglichkeit mit
wenig Mitteln sich und Ihren Gästen Stimmung u. Wohlbehagen bei Tisch zu schaffen



Dieses Tafel-Service für 6 Pers. **29.85**
wie Abb.
mit je 6 Stück Alpaca-Tafelmesser, Esßgabeln, Esßlöffel und
6 Weingläser, geschliffen zusammen

Tafel-Service für 6 Personen, Feston, **19.50**
Goldrand und Linie

Tafel-Service für 6 Personen, mod. runde **26.50**
Form, mit Goldhenkel und Goldrand

Tafel-Service für 6 Pers., mod. runde **36.50**
Form, mit Goldhenkel und Goldrand

Tafel-Service für 12 Personen, mit **38.50**
Goldrand und Linie, 45 teilig

Kaffee-Service für 6 Personen, mit **4.50**
Goldstreifen

Kaffee-Service für 6 Pers., mit Kuchen- **9.75**
teller, in modernen Mustern . . 13.50,

Kaffee-Service für 12 Personen, mit **16.50**
Kuchenteller, 27 teilig

Tafel-Service für 12 Personen, mit **65.00**
modernen Kanten und Goldrand

Tafeltuch Damast-Muster, kräftige **2.90**
westfälische Hausmacher-
qualität . . . 130/225 **4.50**, 130/160

Tafeltuch moderne Damastmuster, **4.50**
in feinem Halbleinen . . .
130/225 **6.90**, 130/160

Tafeltuch elegante Ausmusterung, in **6.90**
reinem Leinen
130/225 **11.50**, 130/160

Kaffee-Gedeck mit 6 Servietten in **5.50**
Kasten,
Damastmuster mit farbigem Rand

Kaffee-Gedeck mit 6 Servietten in **9.50**
Kasten, in gold, blau,
rosa, grün mit Kunstseide . . . 10.75,

Kaffee-Gedeck mit 6 Servietten in **6.90**
Karton, mit farbig,
Rand, in Kunstseide 9.50,

KNOPF PFORZHEIM

Wohin geht man zum Nachmittags- Kaffee?

In das herrlich gelegene
Höhen-Restaurant
u. Terrassenkaffee
Schützenhaus
Calw, Fernspr. Nr. 4.

Warme Küche
jederzeit.

Im Weiznähen

(Neuanfertigung)
Sticken und Stopfen
sowie Sticken

aller Art, in und außer
dem Hause, bei billiger
Berechnung empfiehlt sich
Frau Lina Dranz,
Bad Liebenzell,
Uhlandstr. 79

Freische Tafel- Butter

Pfund **1.70**
5% Rabatt

Thams & Garbs

Mofirofinen

per Zentner von M. 28.- ab

Mofitoff in Flaschen

„Paket“

Kristallzucker

Pfd. 32 Pfg.,
bei Sach billiger
empfehl.

Carl Straile,
Althengstett.

Nähmaschinen Schreibmaschinen u. Reparaturen

Chr. Widmaier,
meh. Werkstatt, b. d. Post.

Stammheim

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und
Bekannte zu unserer am Kirchweihmontag,
den 20. Okt. 1930, im Gasthaus zum „Waldborn“
stattfindenden

Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen.

Wilhelm Binder

Rösle Blach

Kirchgang 1 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung
entgegennehmen zu wollen.

Zwerenberg

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und
Bekannte zu unserer am Dienstag, den 21. Okt.
1930, stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus z. „Döfjen“ freundlichst einzu-
laden.

Wilhelm Hammann Anne Böhmeler

Zwerenberg.

Ludwigsburg.

Trauung 12 Uhr.



Das
Sportöl
Massageöl
Sonnenöl
Badeöl

radioaktiv.

Gibt gesunde Haut, regt an, schützt vor Wind
und Wetter.

Schmutzt nicht! ——— Fettert nicht!

Nicht nur im Bad, sondern zur täglichen Pflege.

Bestimmt erhältlich:
Alte Apotheke, Apotheker Fr. Reichmann, Calw
Mohl'sche Apotheke, Apotheker Reib, Liebenzell
Neue Apotheke, Apotheker Th. Hartmann, Calw
Ritter-Drogerie, O. Kistowski, Calw.

Kundalini-Werk, München 13.